

Basler Liberale Nachrichten

UNABHÄNGIGE INFORMATIONSPLATTFORM - STIMMEN VON LINKS BIS RECHTS AUS DEM ZENTRUM EUROPAS

HERAUSGEBER ROLAND KELLER

HINTERGRUNDINFORMATIONEN AUS GESELLSCHAFT, KULTUR, WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT

6. Jahrgang Nummer 2/52

Basel, 15. Januar 2017



Jared Kushner

Der brillante Kopf hinter dem Präsidenten

Analyse: Vorkehrungen gegen den Machtverlust
Was plant die US-Kriegspartei im Baltikum?

Meinungskontrolle: Korrektiv.org,
Fake-News-Polizei in Deutschland auf Facebook ernannt

Audio-Beweis: John Kerry
bestätigt privat IS zu unterstützen und zu bewaffnen



Eidgenössische Volksabstimmung vom 12. Februar 2017

- 1. Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration (BBl 2016 7581);**
- 2. Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (BBl 2016 7587);**
- 3. Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III) (BBl 2016 4937).**



Basel Kantonale Abstimmung (in Basel gleiches Abstimmungsdocument)

Grossratsbeschluss vom 13. April 2016 betreffend Änderung der Kantonsverfassung vom 23. März 2005
(Aufhebung des Quorums (Sperrklausel) für die Zuteilung von Sitzen bei der Wahl des Grossen Rates)

Grossratsbeschluss vom 21. September 2016 betreffend «Kasernenhauptbau: Gesamtanierung und Umbau zum Kultur- und Kreativzentrum»

Unsere Schweiz ist unter Druck von aussen.

Die Schweiz ist privilegiert - wir haben eine direkte Demokratie!
Darum: Verpassen Sie keine Wahl und keine Abstimmung.

Wer wählt

- wählt Freiheit und Demokratie.
- zeigt nach aussen, dass wir souverän sind.

Wer nicht wählt

- braucht sich nicht zu wundern, wenn gegen den Volkswillen entschieden wird.
- kann sich nicht beschweren, wenn er fremdbestimmt wird.



Inhalt

Editorial

- Die Rede Mays und die Ängste der EU
- In eigener Sache

Thema Persönlichkeiten hinter Trump Jared Kushner - Der brillante Kopf hinter dem Präsidenten

Donald Trumps Schwiegersohn Jared Kushner hat als orthodoxer Jude, mit Sicherheit eine hochqualifizierte Talmudschule durchlaufen, welche ihn mit einem wirkungskräftigen Logiksystem versehen hat. Dies wird der neue US-Präsident auch brauchen!

Thema Persönlichkeiten hinter Trump Ex-General Michael Flynn

Zahlreiche deutschsprachige Medien meldeten am 18. November 2016, Donald Trump habe den ehemaligen Chef des US-Militärgeheimdienstes DIA, General Michael Flynn, zum Nationalen Sicherheitsberater der künftigen US-Regierung ernannt. General Flynn war vom US-Präsidenten Obama nach zwei Amtsjahren (2012 –2014) entlassen worden. In den deutschsprachigen Mainstream-Medien wird die Ernennung von Michael Flynn scharf kritisiert.

Analyse Vorkerhungen gegen den Machtverlust Was plant die US-Kriegspartei im Baltikum?

In der Öffentlichkeit und auch im privaten Leben nehmen derzeit die besorgten Fragen zu, ob die größten Munitions- und Panzerfahrzeugtransporte des US-Militärs in Richtung russischer Grenze seit dem Zweiten Weltkrieg, nach Polen und ins Baltikum, als Kriegsvorbereitungen gesehen werden müssen.

Meinungskontrolle Correktiv.org wird zur Fake-News-Polizei in Deutschland auf Facebook ernannt

Das selbsternannte Recherchezentrum Correctiv soll von Nutzern gemeldete Inhalte prüfen und gegebenenfalls als zweifelhaft kennzeichnen. Für die Kontrollfunktion verlangt das Recherchezentrum von Facebook kein Geld. Doch wer steckt eigentlich hinter Correctiv und der fragwürdigen Finanzierungsstruktur?

Inhalt

BLN in eigener Sache

Ansicht des VBS im Bezug:

Sonderausgabe 7.2016, BLN 10/2016 und Editorial BLN 48/49 2016

Es ist das Recht jedes Bürgers und der Institutionen ihre Meinung frei zu äussern.

Die BLN will dem Wunsch des VBS entsprechen und seine Ansicht zu den Artikeln veröffentlichen.

Audio-Beweis

John Kerry bestätigt privat IS zu unterstützen und zu bewaffnen

Die New York Times veröffentlichte am 30. September 2016 Auszüge aus der Audio-Aufnahme eines Gesprächs zwischen Außenminister John Kerry und Mitgliedern der syrischen „Opposition“. Das Gespräch fand am 22. September 2016 am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen statt. Darin hört man ihn sagen, er bedauere, dass der US-Kongress sich weigere, Männer zu schicken, um die syrische arabische Republik zu stürzen

Kommentar

Europa im Wahn

Die Einmischung in oder auch die Kommentierung von Politik fällt manchmal schwer, zu offensichtlich scheint die Lage. Behält man nur ein Quentchen Nüchternheit in diesen Zeiten wütiger und zumeist verlogener Aktionisten, so beschleicht einen schon nach kurzer Zeit das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einem unbestimmten Wust an Dummheit.

BLN-Team

BLN-Links

BLN-Impressum

Die Beiträge stellen ausschließlich die Meinungen der Verfasser bzw. Verfasserinnen dar.
Die Meinung muss nicht zwangsläufig diejenige der Redaktion wiedergeben.

Editorial

- Die Rede Mays und die Ängste der EU - In eigener Sache

Von Roland Keller / Herausgeber



Die Rede Mays und die Ängste der EU

Zitternd, atemlos wartete man in der EU auf die Rede der Britischen Premierministerin.

Dann kam der Hammer der No-EU-Lady:

Theresa May will den vollständigen Bruch zwischen Großbritannien und der EU. Aber sie setzt auf ein Freihandelsabkommen! Davor fürchten sich Eurokraten, speziell Bundeskanzlerin Merkel, am meisten. Am liebsten hätte Merkel es gesehen, wenn das Vereinigte Königreich konzeptlos herumwerkelte.

Sie hatte offensichtlich nicht realisiert, dass Theresa May sehr genaue, be-

stens vorbereitete Pläne in der Schreibschublade liegen hat, vorbereitet seit mindestens 2 Jahren, wenn nicht schon länger.

Der Austritt aus dem EU-Verbund bedingt, Artikel 50 der EU-Verträge zu aktivieren.

Danach verbleiben zwei Jahre, um die Details der Trennung zu verhandeln.

So wie May handelt, kann man davon ausgehen, dass der BREXIT vermutlich schneller vonstatten gehen wird.

Es wäre durchaus möglich, dass May am Tag nach Aktivierung des Austritts-Artikels, ein Überraschungs-Ei in Form einer sofort wirksamen Unternehmenssteuersenkung auf 3-5 % einführt. Der zweite Schlag könnte sein, zusammen mit der Mehrwertsteuer eine allgemeine Steuersenkung, um 50% durchzuführen.

Würde sie dies schaffen, hätte die EU ein echtes Problem. Das Geld fliesst in ruhige Gewässer und die Briten waren schon immer brillante Händler und Banker.

Alles erinnert an die Worte des Historikers Eric Ives, wonach Heinrich VIII. „eine tiefere Spur in der englischen Geschichte (hinterließ), als jeder andere

Monarch seit der normannischen Eroberung Englands und alle, die ihm folgten“ (*)

Dies könnte man in einer künftigen Retrospektive auch von May sagen.

Ihr Handeln erinnert aber auch an Elisabeth I., Tochter Henry VIII. Sie nutzte die Vorbereitungsaktivitäten ihres Vaters, stellte Sir Francis Drake Kaperbriefe aus, als Englands Kassenstand an Schwindsucht litt.

Ein genialer Schachzug, der sich gegen die damals grösste Seemacht, Spanien, richtete.

Auf die EU angewandt würde dies bedeuten: Die modernen Kaperbriefe der britischen Premier-Ministerin sind unschlagbare Steuermodelle, von dem Austrittssignal abgesehen.

Dann würde dem Doppel-Hauptstadt-Pleite-Patchwork namens EU die Luft ausgehen. Grossbritannien würde wieder einmal seine Dauerstrategie einsetzen: Verhindern, dass auf der anderen Seite des Kanals eine kohärente Macht besteht.

Die EU bezieht ihre Kraft aus den arm-machenden Steuern - Tendenz nach oben.

Einen weiteren Austritt (FREXIT) würde

die EU nicht aushalten. Eine Nation nach der anderen müsste zwangsläufig austreten, eigene Währung einführen und Schuldenschnitt erklären. Das europäische Chaos wäre vollkommen.

Wer würde vom BREXIT profitieren? Die Schweiz mit ihrem hochentwickelten Bankensystem. Es könnte die Rettung sein. Gespräche wurden anlässlich der Ferien Theresa Mays in der Schweiz bereits geführt.

Die Staatsverschuldung von Großbritannien von 2016 ist allerdings gross: 1,71 Billionen Pfund.

Sie ist einer der Hintergründe des BREXIT. Ein vereinfachtes und niedrigeres Steuersystem würde die Briten allerdings noch nicht schlagartig aus den roten Zahlen herauskatapultieren. Ein Massnahmenbündel ist erforderlich. Der finanzielle Machtfaktor City of London bedarf allerdings für eine ausserhalb der EU wirksame Funktion der Rückabwicklung der De-Industrialisierung Großbritanniens. Eine Mammutaufgabe für May und ihr Kabinett.

Das Geheimnis des Empires

Was die Eurokraten nicht verstanden haben ist, Grossbritannien hat das „Commonwealth of Nations“.

Eine Staatengemeinschaft nationaler Identitäten, gebunden durch die englische Sprache mit einem allerseits geachteten Oberhaupt, Königin Elisabeth II.

Das Geheimnis dieses Gebildes ist - abgesehen von einer gemeinsamen

Sprache - die Mitglieder haben eine Nationale Identität, die ihnen niemand streitig macht, so wie es in der EU der Fall ist. Im British Commonwealth ist ein Patriot kein dreckiger, revisionistischer Nationalist, sondern hat eben eine ihm eigene Identität. Dies macht stark.

Staaten die man „internationalisierte“ wie dies im damaligen Ostblock geschah, verloren Ihre Kraft. Als sie sich vom Kommunismus und dem ganzen Inter-Nationalismus verabschiedeten, wurden sie wirklich nationalistisch, wie sich in Ungarn und Polen zeigte.

Das wahre Geheimnis der britischen Premierministerin May ist aber: Die Staaten des Commonwealth sind bevölkerungsmässig ein riesiger Markt! Alleine das ehemalige „Jewel in the Crown“ Indien, ist ein Multi-Milliardenmarkt, allerdings mit niedriger Pro-Kopf-Kaufkraft: 80 Prozent der Inder verfügen über weniger als 2 US-Dollar am Tag.

Die Abhängigkeit von Familiendynastien schwächt das Land, welches sich im Gegensatz zur Welt-Werkbank China als Intelligenzpool präsentieren kann.

Das bei einer Staatsverschuldung von unter 80%.

Da hat die EU mit ihrer Verschuldung und Zerrissenheit wenig zu bieten. Ob die EU je aufwacht?

„Wir streben nicht nach einem Modell, das andere Länder schon genießen“,

sagte sie in Anspielung auf Länder wie Norwegen. Das Land ist kein EU-Mitglied, hat aber vollen Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Im Gegenzug muss es zum EU-Haushalt beitragen, EU-Bürgern erlauben, in Norwegen zu leben und zu arbeiten und einen großen Teil der EU-Gesetzgebung übernehmen. May sagte: „Wir streben nicht danach, an Häppchen der Mitgliedschaft festzuhalten, wenn wir gehen.“

Vor dem beschriebenen Hintergrund sind die Worte Mays verständlich.

Am „WEF“ in Davos hakte May nach: Scharfe Warnung an die EU:

Sollten Grossbritannien auf dem Weg zu einem Freihandelsabkommen Steine in den Weg gelegt werden, könne das Land einen zerstörerischen Wettlauf um niedrige Steuersätze für Unternehmen in Gang setzen.

In eigener Sache

In dieser Ausgabe publizieren wir die Stellungnahme des Schweizerischen Verteidigungsministeriums VBS (Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) zu unseren Ausgaben BLN 10/2016 und BLN48/48/2016. Wir enthalten uns eines weiteren Kommentars.

Fest steht, die BLN wird sich weiterhin gegen jede Form des Armeeabbaus oder weiterer NATO-Zusammenarbeit der Schweizer Armee einsetzen.

(*) Eric Ives: „The Reformation Experience: Living Through the Turbulent 16th Century.“

Thema Persönlichkeiten hinter Trump

Jared Kushner und das Umfeld von Trump

Die brillante lächelnde graue Eminenz

Von Roger A. Hoeren

„As far as hacking, I think it was Russia,“ the president-elect said in a news conference, though he avoided questions about whether his team had contact with Russia during the campaign.“ JULIE HIRSCHFELD DAVIS and MAGGIE HABERMAN , NYT 12 01 2017,

Trump wird von Medien getrieben, zu bestätigen, dass Russland gehackt hat: Donald Trump Concedes Russia's Interference in Election.

Sein Schwiegersohn Jared Kushner hat als orthodoxer Jude, mit Sicherheit eine hochqualifizierte Talmudschule durchlaufen, welche ihn mit einem wirkungskräftigen Logiksystem versehen hat.

Er ist verheiratet mit Trumps Tochter Ivanka, die zum Judentum übertrat. Sie und Jared Kushner sind dabei, einer Chabad Synagoge beizutreten, Als „senior White House adviser“ wird er, wie die New York Times schreibt „näher bei Herrn Trump sein, als jeder andere Berater.“ Dies vor allem dank sei-

nes beruhigenden Einflusses auf einen häufig schrillen Trump. Trump wird diese Beruhigung brauchen können, nicht nur in Hinsicht auf Russland, wobei implizit immer Putin gemeint ist. Denn Trump ist unter anderem mit dem Versprechen an die Öffentlichkeit getreten, mit Russland den friedlichen Weg zu beschreiten. Er steht damit in Gegensatz etwa zu Netanyahu, der den konfrontativen Weg bevorzugt. Netanyahu ist nicht orthodoxer Jude wie Kushner.

Es könnte sich somit ein Loyaltätskonflikt anbahnen. Inwieweit Kushner mit dem seinerzeitigen Ausbooten des schillernden Wahlkampagnen-Managers Corey Lewandowski und von New Jersey Gouverneur Chris Christie, Leiter von Trumps Übergangsteam klug gehandelt hatte oder in Eigeninteresse, wird gewiss noch in den Medien diskutiert werden. Bei Christie könnte so etwas wie Rache mitgespielt haben, hat der doch als Staatsanwalt einst Kushners Vater, den New Yorker Immobilienentwickler wegen Steuerhinterziehung, Bestechung usw. hinter Gitter ge-

bracht. Jedenfalls wurde Kushner der de facto Wahlkampfleiter. Kushner wird aktiv sein bei Nahost- und Israel-Angelegenheiten und zusammen mit Handelsminister Wilbur Ross (2012 „Grand Swipe“ der Wall Street Bruderschaft Kappa Beta Phi) bei Free Trade Themen und Private-Publik-Partnerships fördernd wirken. Kushners Einfluss bei Trumps Wahl des Goldman Sachs Präsidenten Gary Cohn als Hauptwirtschaftsberater zeugt ebenfalls vom Einfühlvermögen des Milliardärs in finanzstrategische Belange. Steven Mnuchin, ebenfalls ein GS-Mann wird den Finanzbrain ergänzen, wie auch Carl Icahn.

Die enge Zusammenarbeit mit Stephen Kevin „Steve“ Bannon, einem als rechtsausen etikettierten Breitbart-Media Manager gibt eine Bewegung an, die in Richtung Neocon driften könnte, zumal Jared Kushner bei seinem Schwiegervater Trump die Installation von David Friedmann als US-Botschafter in Israel durchgedrückt hat.



Präsidentenberater und Schwiegersohn Trumps Jared Kushner (Bildquelle: <https://static01.nyt.com/images/>)

David Friedman ist ein Unterstützer der von der vielbesungenen internationalen Gemeinschaft als illegal bezeichneten jüdischen Siedlerbesetzung im palästinensischen Westjordanland.

Breitbart wird in Israel als Freund eingestuft. Die ganze Chose deutet auf rechtsextrem, Neocon, National-Zionistisch. Damit ist Konfrontation mit Gaza (Hamas), Hizbollah (Shia im Libanon), Iran und somit dem national-orthodoxen Russland Putins vorgezeichnet.

Free Trade verträgt sich schlecht damit. Da Trump zugleich China herausfordert, stellt sich die Frage, wie beruhigend Kushner da wirken kann oder will.

Der wohlhabende Immobilien Investor Jared Kushner verfügt mit dem New York Observer über ein qualifiziertes Sprachrohr, welches Trump, bis zu sei-

ner Nominierung als Präsidentschaftskandidat, unterstützte.

Jared Kushners Grosseltern und seinerzeitige Partisanen kamen 1949 aus Belarus in die USA. Die Kushners sind im Finanzbereich zuhause und Jared bildet mit Ivanka ein echtes Power-Paar. „Kushner drehte schon mit 26 Jahren Milliardendeals, in denen er Risiken beim strauchelnden Versicherungskonzern AIG kurz vor dessen staatlicher Rettung ablud.“



Er residiert mit seinem Immobilien-Geschäft in der 666 Fifth Avenue.

Die 666 ist wahrscheinlich eine Präsentationsnummer und sollte bis auf Weiteres ohne Hintergedanken gelesen werden, trotz Apokalypse 13,16-18 (Zahl des Tieres) und der Nähe zum Lubawitscher Chabad. Diese Nähe beinhaltet eine gewisse Frohe Botschaft, wenn man die Ankündigung auf der Netzseite des Chabad liest, welche sich mit der Rettung der Welt befasst, basierend auf dem kabbalistisch-rabbinischen Konzept von Tikun (Pflege der Schöpfung), im Rahmen des Messianismus. Zwar erweist das Konzept sich als passives Warten, vor allem angesichts der rapide voranschreitenden Zerstörung des Lebendigen auf unserer Erde, kann aber als konstruktives Organisationsprinzip verstanden werden. Konstruktiver jedenfalls, als die negative, obzwar sehr informative Beurteilung des Chabad durch etwa lupocattivoblog.com.

Beide passiven Argumentations-Pole sind bisher nicht durch andauernde, aktive Taten zur Rettung von Gaia vor der Zerstörungorgie der Schadindustrie an die Öffentlichkeit getreten. An ihren Taten soll man sie ja erkennen.

Die Mittel auf der Chabadseite scheinen zumindest vorhanden zu sein, da er „eine starke Kraft mit 2.600 Institutionen auf der ganzen Welt ist, eine Organisation mit immensen weltweiten Finanzressourcen... Ihr Einfluss kann nicht überschätzt werden.“ (Jerusalem Post 19. Oktober 2001).

Der Einfluss des Chabad ist in der Tat erstaunlich. Denn er ist nicht nur in Jerusalem und New York äusserst präsent, sondern auch in Moskau. Und auch die Rettung von Rebbe Joseph Isaac Schneersohn durch eine kleine Gruppe deutscher Soldaten und er der Leitung des Deutschen Soldaten und Halbjuden Ernst Bloch aus Polen, via Zug nach Berlin, zurück nach Litauen und Schweden und per Schiff nach den USA (19. März, 1940) zeugt davon ([Bryan Mark Rigg, The Rabbi Saved by Hitler's Soldiers](#) University Press of Kansas, 2016)

Trotz aller beeindruckenden verbalen Verkündigungen über die Jahrhunderte: um die Hausaufgaben im Tun kommt je länger desto weniger niemand herum. Ein chaotischer US-Präsident so wenig, wie ein Chabad, ein Papst, ein Putin oder ein chinesischer Xi Jinping. Business as usual ist out. Die Schadindustrie muss gebändigt wer-

den. Das hochgezüchtete Konsumproletariat von Hollywoods Brutalität und Perversion und von McDonald und Co. Mangelernährung zu befreien dürfte eine besondere Herausforderung darstellen. Dazu werden ausgefeilte Beeinflussungsinstrumente benötigt.

Der Chabad verfügt über einige von ihnen. Ob er sie nutzen kann und will, ist angesichts seiner alttestamentarischen Bindung unsicher. Beziehen sich seine Rettungsvorstellungen doch auf das sogenannte jüdische Volk und nicht auf Gaia, die Lebensgrundlage alles Seins.

Trump kann ebenfalls viel dazu beitragen, wenn er die US-Bomber-Orgien mit Hilfe nachhaltiger Friedenspolitik definitiv abstellt. Nicht gegen Russland, nicht gegen China, für eine Zweistaatenlösung Israel-Palästina, mit lebensfähigen geographischen Grenzen für beide sogenannte Völker. Es wird eine Art globaler lebensfreundlicher Gehirnwäsche Pro Gaia erforderlich sein. Ob die Monotheisten diese Kehrtwendung vom „Macht Euch die Erde Untertan“ zum „Pflügt und Fördert Gaia“ schaffen?

Und Trump hat einen Charakter, wie wir alle. Hier einige Interviews:

US-Präsidentschaft „Das Amt ist größer als die Person“

Donald Trump sei etwas „zwischen Genie und verrückt“, sagte Kerry Reddington, Mitglied der Republicans

Overseas, im Deutschlandfunk. Manche seiner Kritikpunkte kann er nachvollziehen, etwa die an der NATO. Seine Regierungsmannschaft werde aber sehr viel diplomatischer auftreten - und Reddington hofft dabei auch auf die Autorität des Amtes.

Rainer Brandes: Kerry Reddington ist Mitglied der Republicans Overseas. Das ist die Vertretung der amerikanischen Republikaner in Deutschland. Kerry Reddington ist Unternehmer in Frankfurt am Main und kurz vor der Sendung konnte ich mit ihm sprechen.

- Herr Reddington, man könnte annehmen, die künftige Regierungspartei hat ein Interesse daran, dass nicht schon vor Amtsantritt die Beziehungen zu den wichtigsten Partnern zerstört werden. Warum kommen dann solche Vorwürfe von Trump an Merkel?

Kerry Reddington: Ich würde erst mal sagen, wir zerstören gar nichts. Ich würde sagen, das ist eine neue Regierung und die überlegen, neue Wege zu gehen. Aber Zerstörung macht man nicht mit seinen Partnern seit so langer Zeit. Macht man nicht!

Brandes: Na ja. Aber es sind ja nicht gerade diplomatische Töne, die Trump da angeschlagen hat, wenn er zum Beispiel sagt, es war ein Riesenfehler von Angela Merkel, eine Million Flüchtlinge ins Land zu lassen. Das wäre ein riesiges Sicherheitsproblem. Das ist ja

nicht diplomatisch.

Reddington: Auf jeden Fall ist das nicht diplomatisch. Er hat nur gemeint, dass man eine Million Leute nicht ohne Dokumentation nicht in sein Land bringen sollte. Das hat er dann auch gesagt, ohne Ausweis einfach in ihr Land zu bringen.

„Wir müssen kontrollieren, wer in unser Land reinkommt“

Brandes: Diese Kritik an Merkels Flüchtlingspolitik, die erleben Sie ja von beiden Seiten. Sie sind einerseits Amerikaner, andererseits leben Sie hier in Deutschland, kennen die Situation hier. Sehen Sie das auch so? Hat Merkel ungehindert Terroristen zu uns ins Land gelassen?

Reddington: Das ist eine schwierige Frage. Ich kenne mich nicht genug aus mit dem Thema. Aber ich glaube, Deutschland ist genau wie Amerika. Unser Land ist gebaut auf meinen Vorfahren, von Flüchtlingen.

Ich weiß nicht, ob meine Vorfahren Ausweise dabei gehabt hatten, aber ich bin froh, dass Deutschland offene Türen hat. Aber auf der anderen Seite muss man natürlich gucken, wen man in das Land reinlässt.

Brandes: Das heißt dann aber, diese

Pauschalkritik, wie sie von Trump kommt, die würden Sie nicht unterstützen?

Reddington: Nein, auf gar keinen Fall. Man muss natürlich Leute reinlassen, die Hilfe brauchen. Auf jeden Fall. Aber wir müssen natürlich kontrollieren, wer in unser Land reinkommt, um besser miteinander natürlich zu kommunizieren in verschiedenen Ländern.

Brandes: Genau. Aber Donald Trump sagt ja einfach, wir werden keine Syrer in die USA lassen, denn dann handeln wir uns nur Terroristen ein. Aber viele Syrer sind ja tatsächlich schutzbedürftig.

Reddington: Auf jeden Fall. Erst mal ist er noch nicht im Amt und erst mal muss man abwarten, bis er überhaupt im Amt ist.

Brandes: Glauben Sie, wenn er im Amt ist, dass sich dann seine Töne etwas diplomatischer anhören werden?

Reddington: Ich hoffe. Er muss das auch machen. Auf jeden Fall. Ich hoffe es.

Brandes: Woher kommt es denn dann, dass Donald Trump so undiplomatisch

auftritt? Ist er einfach unerfahren? Hat er schlechte Berater?

„Seine Mannschaft wird viel diplomatischer sein“

Reddington: Ich glaube, Donald Trump ist zwischen Genie und verrückt. Und ich hoffe, dass er mehr Richtung Genie ist. Und was er sagt? Ich habe ihn persönlich noch nicht kennengelernt und man muss erst mal abwarten. Aber seine Mannschaft, die wird natürlich viel diplomatischer sein.

Brandes: Donald Trump hat ja auch deutsche Unternehmen gewarnt in diesem Interview. Er sagt, die können gerne in den USA ihre Produkte verkaufen, aber nur dann, wenn sie dort auch produzieren. Sonst gibt es Strafzölle von 35 Prozent. Sie selbst sind ja Unternehmer. Sie profitieren vom Freihandel. Können Sie so was unterstützen?

Reddington: Ich selbst unterstütze keine Strafzölle. Aber nicht vergessen: Die EU macht das seit Jahren wegen dem russischen Stahl und wegen dem chinesischen Stahl. Die EU macht das so wieso mit verschiedenen Unternehmen. Das wissen Sie selbst. Ich bin selbst kein Fan von Strafzöllen und diese 35 Prozent, das hat natürlich nichts mit Deutschland zu tun, das hat mit dem Werk zu tun in Mexiko. Das hat nichts mit den Werken zu tun in Deutschland. Das ist nur das Werk in

Mexiko.

Brandes: Aber ist das nicht etwas kurzfristig gedacht, denn viele Unternehmen, auch deutsche Unternehmen, die lassen zwar vielleicht ihre Autos in Mexiko zusammenbauen, aber Bauteile dafür produzieren sie auch in den USA.

Reddington: In China. Auf jeden Fall auch in China.

Brandes: Und in den USA.

Reddington: Ja, aber erst mal muss man abwarten. Das sind nur Sprüche und auf jeden Fall, nehme ich an, Donald Trump sucht gerade. Er muss viel aufräumen von dem Schaden, was Obama gemacht hat. Natürlich erst mal muss er klar kommen, was er überhaupt zu tun hat. Zum Beispiel diese Sprüche wegen der NATO. Die NATO hat nichts gemacht wegen Terrorismus. Null! Deswegen muss die NATO auch ein bisschen was ändern.

Brandes: Das heißt, Donald Trump hat Recht, wenn er sagt, wenn die NATO noch eine Rolle spielen will, dann muss sie sich völlig neu aufstellen?

Reddington: Auf jeden Fall, ja. Seit Jahren haben die nichts geändert. Sie ist

obsolet.

Brandes: Ich würde trotzdem gerne noch mal zurück auf den Welthandel kommen. Ihre Partei, die Republikaner, die waren immer Freunde des Welthandels. Wird die Republikanische Partei so einen Abschottungskurs, wie er jetzt von Trump skizziert wird, mitmachen?

Reddington: Das weiß ich nicht genau. Ich lebe in Deutschland. Ich bin ein unglaublicher Fan von Deutschland und dazu kann ich mich nicht äußern. Aber dieses Freihandelsabkommen wie TTIP, viele in Deutschland sind komplett dagegen. Ich kenne mich nicht genug aus mit TTIP, aber scheinbar ist Trump nicht für diesen Freihandel. Es sieht so aus am Anfang.

Brandes: Und sehen Sie das als Fehler?

„Wir haben richtig Probleme in unseren Großstädten“

Reddington: Ich kann das nicht beurteilen. Erst mal muss er sich angucken, was überhaupt los ist. Momentan haben wir in Amerika 42 Millionen Leute, die essen auf Essen-Coupons. Wir haben richtig Probleme in unseren Großstädten in Amerika. In Chicago zum Beispiel werden drei Leute getötet jeden Abend. Drei! Wir haben so viele

Probleme, innere Probleme, dass eins nach dem anderen gelöst werden muss. Aber was Sie gar nicht angesprochen haben: Zwei Stunden entfernt von Frankfurt fallen Bomben und wird ein Krieg geführt in der Ukraine. Und das geht nicht. Wir dürfen keinen Krieg mehr haben. Da müssen wir aufhören damit.

Brandes: Da würden Sie sagen, da muss man Donald Trump unterstützen, der sagt, Frieden wird es nur geben, wenn wir uns an Russland annähern?

Reddington: Ich glaube, man muss mit Putin eine Freundschaft aufbauen und gucken, wie man sich einigt. Es ist nicht korrekt, dass wir innerhalb von zwei Stunden entfernt einen Krieg haben. Sorry, das geht nicht.

Brandes: Glauben Sie eigentlich, dass wir hier in Deutschland oder auch in ganz Europa ein falsches Bild von Donald Trump haben? Sehen wir ihn zu kritisch? Geben wir ihm nicht die richtige Chance, erst einmal ins Amt zu kommen?

Reddington: Auf jeden Fall. Das sehe ich auf jeden Fall. Seine Sprüche sind natürlich auch nicht so. Jeder pickt raus, was man hören möchte. Ein paar von seinen Sprüchen waren schon heftig und man kann alle seine Sprüche natürlich nicht unterstützen. Aber das Amt ist größer als die Person. Das sollte

man nie vergessen. Und die Freundschaft zwischen Deutschland und Amerika, die kann nicht zerstört werden wegen eines Donald Trump. No Way!

Brandes: Das sagt Kerry Reddington von der Vertretung der amerikanischen Republikanischen Partei in Deutschland.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der **Deutschlandfunk** macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Interview mit der „Bild“**“Trump ist noch immer im Wahlkampf-Modus“**

Rüdiger Lentz im Gespräch mit Liane von Billerbeck

Der künftige US-Präsident Donald Trump hat der „Bild“ ein Interview gegeben, in dem er zum Rundumschlag ausholt. Der Direktor des Aspen Institute Deutschland, Rüdiger Lentz, hat dort zum Teil „bizarre Überlegungen“ entdeckt.

Der künftige US-Präsident Donald Trump hat es mit einem Interview geschafft, große Sorgen in Europa auszulösen. In dem Gespräch mit der Bild-Zeitung hält Trump die Nato für



Donald Trump vor seinem vollgestellten Schreibtisch, dahinter Kai Diekmann. (dpa / BILD / Daniel Biskup) Donald John Trump, der designierte 45. Präsident der Vereinigten Staaten, im Interview mit Kai Diekmann, Herausgeber der „Bild“-Gruppe, im Trump Tower in New York, USA. (dpa / BILD / Daniel Biskup)

„obsolet“, weil sie sich nicht um den Terrorismus kümmere und die Mitgliedsländer nicht genug zahlten. Der Brexit ist für ihn eine „großartige Sache“, die deutsche Flüchtlingspolitik hingegen ein „katastrophaler Fehler“. Und deutsche Autobauer, die in Mexiko produzieren, will er mit hohen Strafzöllen belegen.

Laut Rüdiger Lentz, dem Direktor des Aspen Institute Deutschland, ist das ein bisher ein einmaliger Vorgang. Solch ein Interview habe es noch von keinem designierten Präsidenten vor dem Einzug ins Weiße Haus gegeben. „Jetzt ist alles anders“, sagte Lentz im Deutschlandradio Kultur.

Kommentar

Wieder zurechtfinden mit Kompass und Karte!

Von **Gotthard Frick**

Economist & business administrator Dipl. Sciences Po & Sorbonne, Paris.

Das forderte der Generalstabschef der US Armee, Mark Milley, in seiner sehr realistischen, sehr harten, langen Rede vom 4. Oktober 2016. Ob unsere 50 (fünfzig!) Generäle, die gegenwärtig mit der Weiteren Eliminierung der Armee beschäftigt sind, dessen Analyse und Folgerungen zur Kenntnis genommen haben? Bezugnehmend auf die Nachricht des VBS betr. Führungsinformationssystem Heer, hier aus der Rede nur seine Meinung zur Kommunikation in einem künftigen Krieg.

„Das alles wird die grössten Umwälzung des Krieges in der gesamten Menschheitsgeschichte sein. Was immer wir in den letzten 70 Jahren an militärischer Überlegenheit hatten, ist bald am Ende.... Wir werden schon in allen Bereichen des Krieges herausgefordert. Was sind die praktischen Folgerungen, was müssen wir tun, um als Armee im künftigen Kampf zu bestehen?“

Er fordert, die heiligen Kühe selber zu schlachten, statt einen Krieg zu verlieren. Nachdem er darauf hingewiesen hat, dass die heutige US Armee völlig von elektronischer Kommunikation abhängig und die potenziellen Feinde

sehr fähig seien:

„Mit Sicherheit wird alles Elektronische mit Cyber, elektronischer Kriegführung etc. angegriffen und wir werden teilweise oder ganz in einem ausgeschalteten Umfeld kämpfen. Wir müssen unser Systeme widerstandsfähig machen, aber gleichzeitig die Truppen dazu ausbilden, in einem der Kommunikation weitgehend verwehrt Umfeld zu kämpfen. (Bemerkung des Verf: Das taten zwei grosse US Flugzeugträgerflotten schon im Oktober 2014, als sie im Indischen Ozean laut BBC den „Krieg gegen China“ übten). Das wird ein Schock für uns alle, aber es wird die Realität werden. Wir müssen wieder Papierlandkarten lesen können und lernen, den Kompass zu gebrauchen.“

„Wir müssen uns ganz bestimmt für dezentralisierte, unabhängige Operationen, basierend auf eigenem Kommando ausbilden, ohne für lange Zeiträume je Kontakt mit unseren höheren Kommandostellen zu haben. Stellen sie sich vor, nicht mit dem Pentagon oder dem Weissen Haus Kontakt aufnehmen zu können. Das wird die Realität sein. Das muss in allem, was wir tun, die Richtlinie sein.“

„Bei fehlen von Kontakt zu Vorgesetzten muss die Bereitschaft bestehen, bestimmte Befehle nicht auszuführen, um das Ziel zu erreichen, die Bereitschaft, Risiken einzugehen, um die Absicht umzusetzen, der Akzeptanz des Scheiterns und der praktischen Übung, um von Fehlern zu lernen, das alles muss in den Pentagon der Führerausbildung aufgenommen werden“.

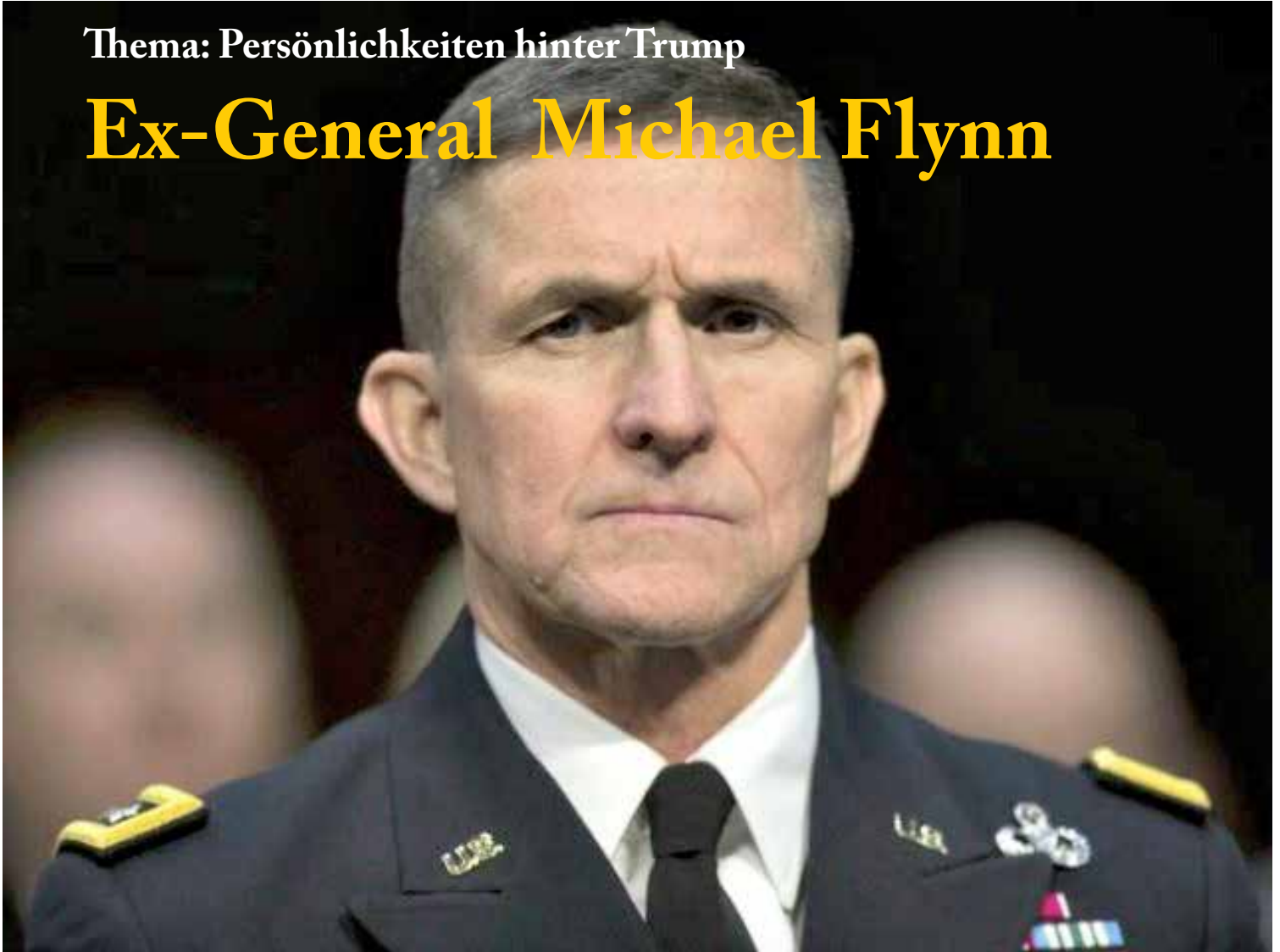
„Schliesslich ist da noch der Charakter. Auf einem fragmentierten Gefechtsfeld, mit wenig Kontrolle durch die höhere Führung und maximaler Dezentralisation, müssen wir Führer ausbilden, die unter extremem Druck einen unglaublichen Charakter haben. Führer, denen man vertrauen kann, das Richtige zu tun, wenn niemand zuschaut, ausser der Feind und die Medien. Die ethische und moralische Entscheide fällen, im unmenschlichsten Umfeld, in dem Menschen sein können.“

Das ist nur ein Teil der von General M. Milley geschilderten zukünftigen Realität des Krieges.

(Übersetzung aus dem Englischen: der Autor)

Thema: Persönlichkeiten hinter Trump

Ex-General Michael Flynn



Zahlreiche deutschsprachige Medien meldeten am 18. November 2016, Donald Trump habe den ehemaligen Chef des US-Militärgeheimdienstes DIA, General Michael Flynn, zum Nationalen Sicherheitsberater der künftigen US-Regierung ernannt.

General Flynn war vom US-Präsidenten Obama nach zwei Amtsjahren (2012 –2014) entlassen worden. In den deutschsprachigen Mainstream-Medien wird die Ernennung von Michael Flynn scharf kritisiert.

Willy Wimmer hingegen schrieb am 16. November 2016 über Michael Flynn:

«Genau vor einem Jahr fand ich mich in der Moskauer ›Neuen Manege‹ an einem Tisch des Präsidenten der Russischen Föderation, Herrn Wladimir Putin, mit dem gerade in den Ruhestand versetzten amerikanischen General Flynn wieder. Festliches Abendessen war angesagt. Dabei war General a.D. Flynn noch kurz zuvor durch die weltweiten Nachrichtensendungen mit seinen Aussagen darüber getourt, wer eigentlich der Schöpfer des IS sei, und hatte Washington schonungslos dem

Regen ausgesetzt.»

In Daniele Gansers neuem Buch «Illegale Kriege. Wie die Nato-Länder die Uno sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien» ist auf den Seiten 297 und 298 über ein Dokument der DIA zu lesen:

«Der Inhalt des Geheimdokuments schlägt einem die Sprache», kommentierte Jürgen Todenhöfer, als das DIA-Dokument 2015 publik wurde. Denn damit war klar, dass die Nato-Länder mit den Dschihadisten kooperieren, um Assad zu stürzen. Man muss die relevante Passage zweimal lesen, bevor man sie glauben kann: ›Die Sala-

fisten, die Muslimbrüderschaft und al-Kaida im Irak (AQI) (so wurde damals der spätere IS genannt) sind die Hauptkräfte, die den Aufstand in Syrien anführen», sagt das Dokument ganz klar [...]. «Ein Friedens-Nobelpreisträger als Terror-Pate! Der Westen an der Seite des internationalen Terrorismus! Als wissentlicher Förderer des internationalen Terrorismus!», kritisierte Todenhöfer. Aber die Nato-Medien liessen das Dokument in den Kriegswirren untergehen. [...]

Der Direktor des amerikanischen Militärgeheimdienstes DIA, General Michael Flynn, bestätigte gegenüber dem Journalisten Mehdi Hasan die Echtheit des Berichts. «Ja, ich habe dieses DIA-Dokument vom August 2012 gesehen», so Flynn. Der Journalist Mehdi Hasan wollte daraufhin wissen, warum denn die USA mit radikalen Dschihadisten zusammenarbeiten. «Es war eine absichtliche Entscheidung der Regierung», erwidert Flynn. «Sie müssen wirklich den US-Präsidenten fragen, was er da eigentlich macht, weil es sehr verwirrend ist.» Damit hatte General Flynn den Nagel auf den Kopf getroffen.»

Und im folgenden Abschnitt ergänzt Daniele Ganser: «General Michael Flynn und andere hochrangige Offiziere in den USA wollen nicht, dass Assad durch Fundamentalisten ersetzt wird. Sie halten es für falsch, dass Nato-Länder radikale islamistische Gruppen wie

IS und al-Nusra unterstützen. «Wenn die amerikanische Öffentlichkeit die Geheimdienstinformationen zu Gesicht bekäme, die wir Tag für Tag auf sensibelstem Niveau ans Licht förderten, würde sie ausrasten», sagte Flynn zu dem Investigativjournalisten Seymour Hersh.

«Wir kannten die langfristige Strategie und die Einsatzpläne des IS, und wir diskutierten auch darüber, dass die Türkei bewusst wegsah, als der Islamische Staat in Syrien immer stärker wurde.»

Die entsprechenden DIA-Berichte seien aber bei der Administration Obama auf «enormen Widerstand» gestossen.

«Ich hatte das Gefühl, man wollte die Wahrheit nicht hören», so Flynn, der zurücktreten musste. Oberst Patrick Lang, der zehn Jahre für die DIA gearbeitet hatte, erklärte, dass Flynn «den Zorn des Weissen Hauses auf sich zog, weil er darauf pochte, die Wahrheit über Syrien zu sagen ...

Er weigerte sich, den Mund zu halten.»»

USA vom eigenen Imperialismus befreien

«Anstatt über die Art und Weise nachzudenken, wie wir aus der Administration Trump Vorteile ausschlagen können, sollten wir uns eher fragen, wie wir ihm zum Erfolg verhelfen könnten, damit er sein Land von seinem eigenen

Imperialismus befreien und der unipolaren Welt [...] ein Ende bereiten kann; wir sollten uns fragen, wie wir die Konfrontation durch Zusammenarbeit ersetzen können. [...]

Wir müssen uns auf General Michael T. Flynn stützen, der, obwohl Demokrat, der wichtigste Berater in Aussen- und Verteidigungspolitik während seines Wahlkampfes war.

Als Kommandant des militärischen Nachrichtendienstes, von der Genf-1-Konferenz bis zur Eroberung des Irak durch Da'esh, liess er nicht davon ab, Präsident Obama, US-Aussenministerin Clinton, die Generäle David Petraeus und John Allen und Jeffrey Feltman zu bekämpfen, was die Benutzung von Dschihadisten und Terrorismus für die Aufrechterhaltung des amerikanischen Imperialismus betraf.»












































































































































































































Quelle: Thierry Meyssan in Réseau Voltaire vom 15.11.2016

(Übersetzung Horst Frohlich und Zeit-Fragen)

Wo die USA weltweit bomben

2016 haben die USA auf sieben andere Länder 26.171 Bomben* abgeworfen.



SYRIEN	                             12 192
IRAK	                             12 095
AFGHANISTAN	                             1 337
LIBYEN	                             496
JEMEN	                             34
SOMALIA	                             12
PAKISTAN	                             3

*Zum Vergleich: 2015 waren es 23,144 Bomben
Quelle: ria.ru

Mehr als 26.000 Bomben hat die US-Luftwaffe nach Angaben des amerikanischen Sicherheitsexperten Micah Zenko allein 2016 im Ausland abgeworfen. Sieben unabhängige Staaten wurden durch die Angriffe betroffen.

Sputnik hat eine Karte der Bombardements erstellt, die Schätzungen zufolge Tausenden Zivilisten das Leben gekostet haben.

Micah Zenko, Senior Fellow Council on Foreign Relations (CFR) (<http://www.cfr.org>)

Konfliktverhütung; U.S. nationale Sicherheitspolitik; Militärische Planung und Operationen; Kernwaffenpolitik.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/multimedia/20170112314097377-usa-bomben-angriffe-weltweit/>

Analyse**Vorkehrungen gegen den Machtverlust
Was plant die US-Kriegspartei im Baltikum?**

Die USA haben letzte Woche 2.000 US-Fahrzeuge unterschiedlichsten Typs, darunter viele schwere Panzer und gepanzerte Artillerie und 4.000 Soldaten, nach Polen gebracht. Provokation?

Von Rainer Rupp

In der Öffentlichkeit und auch im privaten Leben nehmen derzeit die besorgten Fragen zu, ob die größten Munitions- und Panzerfahrzeugtransporte des US-Militärs in Richtung russischer Grenze seit dem Zweiten Weltkrieg, nach Polen und ins Baltikum, als Kriegsvorbereitungen gesehen werden müssen.

Die Sorge ist verständlich. Vor dem Hintergrund der zum Ende seiner Amtszeit hin bald schon Fragen an der Zuverlässigkeit aufwerfenden, säbelrasselnden Rhetorik des scheidenden Friedensnobelpreisträgers im Weißen Haus und des teils schon hysterischen Kriegsgeschreis der Mainstream-Medien sind die Befürchtungen berechtigt.

Immer stärker war Obama in den letzten Jahren in die so genannte „Kriegspartei“ eingebettet worden.

Wenn es um die Sicherung der US-Hegemonie geht, egal mit welchen Mitteln, sind die Neokonservativen der Republikaner und die liberalen Falken der

Demokraten ein Herz und Seele. Dennoch kann man in dem zusätzlichen militärischen Aufmarsch von 2.000 US-Fahrzeugen unterschiedlichsten Typs, darunter vielen schweren Panzern und gepanzelter Artillerie, und 4.000 Soldaten vor allem in Polen an der Grenze zur russischen Enklave Kaliningrad keine Vorbereitungen für einen unmittelbar bevorstehenden Krieg sehen.

Der Grund dafür ist einfach.

Alle Stabsmanöver des US-Militärs und Simulationen eingebetteter „ziviler“ Denkfabriken haben der politischen und militärischen Führung der USA klar gemacht, dass sie in Osteuropa, selbst mit Unterstützung der Polen und Balten, einen direkten konventionellen Krieg gegen Russland im Baltikum oder auch um Kaliningrad „nicht gewinnen und sehr wahrscheinlich verlieren“ würden!

Zugleich würden sie die ganze Zeit über in einem höchst unübersichtlichen Umfeld am Rande eines zunächst begrenzten Atomkriegs operieren, der jedoch schnell aus dem Ruder laufen

und auch US-Territorium in Mitleidschaft ziehen könnte.

Zu den Zeiten des Kalten Krieges kursierte unter den deutschen Mitarbeitern im NATO-Hauptquartier in Brüssel der sarkastische Spruch:

„Die Amerikaner sind fest entschlossen, bis zum letzten Deutschen gegen die Sowjets zu kämpfen.“

Man kann heute davon ausgehen, dass das Pentagon in Ermangelung deutschen Nachwuchses in den Polen und Ukrainern das willige und geeignete Kanonenfutter gegen die Russen sieht. Aber selbst in diesem Fall - so zumindest die in Simulationen gewonnenen, spieltheoretischen Erkenntnisse - könnten sie nicht gegen Russland gewinnen. Punkt.

Aber was veranlasst Washington dann überhaupt zu diesem massiven und gefährlichen militärischen Aufmarsch „in Sichtweite“ der russischen Grenzen?

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen,

die deshalb plausibel sind, weil sie die erklärte, langfristige US-Strategie untermauern, nämlich ein Zusammengehen der an Ressourcen reichen Sowjetunion, deren Kernland Russland war, mit der Hochtechnologie Westeuropas - vor allem der deutschen - zu verhindern. Noch vor sieben Jahren wollten Frankreich und Deutschland zum Entsetzen Washingtons in der EU eine „strategische Partnerschaft mit Russland“ durchsetzen. Das haben die USA mithilfe der Russenhasser in den Regierungen der osteuropäischen EU-Mitglieder sehr erfolgreich hintertrieben, was die aktuelle Situation mit erschreckender Deutlichkeit klarmacht. Und diese Situation will der scheidende Friedensnobelpreisträger im Weißen Haus weiter festigen.

Der aktuelle US-Panzeraufmarsch in Polen gehört zur US-Taktik, die im Pentagon schon zu Zeiten des Kalten Krieges den Namen „Poking the Bear“ hatte. So etwas hatte man früher bei den Wanderzirkussen betrieben. Mit einem spitzen Stab oder einer Lanze hatte man den Bären im Käfig bis aufs Blut gereizt, damit dieser zum erschrecklichen Schauder der Zuschauer richtig wütend wurde und furchtbar rastete und brüllte.

So konnte man dem Publikum vorführen, wie gefährlich dieses Tier ist und dass man unbedingt starken Schutz benötigt, um den Bären im Käfig zu kontrollieren. Genau das versuchen die

Amis derzeit mit dem „russischen Bären“ dem westeuropäischen Publikum vorzuführen. Nur benimmt sich der Bär äußerst zivilisiert und das Publikum missbilligt stattdessen die Provokateure.

Zugleich dient die große US-Militärshow mit 4.000 Soldaten, 2.000 Panzern und anderen Fahrzeugen dem Zweck, die russophoben Kleptokraten, nationalistischen Ultras und Faschisten an der Spitze der osteuropäischen Regierungen in ihrer Standhaftigkeit gegen Moskau zu bestärken.

Damit will Washington ihnen beweisen, dass auf die Amerikaner im Ernstfall gegen die Russen Verlass ist, im Unterschied zu den wankelmütigen Europäern und der ohnehin bröckelnden Europäischen Union. Damit treibt Washington den Keil, den es zwischen Russland und Westeuropa innerhalb Europas getrieben hat, noch ein Stück tiefer und kommt seinem wichtigsten strategischen Ziel dort ein weiteres Stück näher.

Zudem sollte man den derzeitigen US-Militäraufmarsch als ein weiteres Element der aktuellen Maßnahmen der scheidenden Obama-Regierung im Angesicht ihres Ausscheidens aus dem Amt sehen. Mit Blick darauf sollen die Beziehungen zwischen den USA und Russland auf der diplomatischen, kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Ebene derart vergiftet werden,

dass es für den nächsten Präsidenten Trump extrem schwer sein wird, trotz seiner bekannten freundlichen Offenheit gegenüber Moskau die Beziehungen wieder ins Lot zu bringen.

Denn dafür müsste Trump erst einmal alle Maßnahmen seines Vorgängers Obama rückgängig machen und dagegen würde sich in den MSM und dem so genannten „sicherheitspolitischen Establishment“ der Kriegspartei ein endloser Sturm der Entrüstung erheben.

Die Vorwürfe, dass Trump die Sicherheit der USA an Putin verkauft, dass er also doch eine Marionette des Kremls ist, der nur dank Putins „Cyber-Hackings“ die Wahl gewonnen hat, kurz alle diese bereits jetzt erhobenen Vorwürfe zur Delegitimierung Trumps würden sich überschlagen.

Das letztendliche Ziel dieser Strategie wäre eine Amtsenthebung.

Die BLN bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/45242-analyse-usa-vorkehrungen-gegen-machtverlust-baltikum/>

Meinungskontrolle

Correctiv.org wird zur Fake-News-Polizei in Deutschland auf Facebook ernannt

Gedankenkontrolle und Gesinnungsschnüffelei werden auf den Weg gebracht. Wo sind sie, die Fake News? Correctiv meint es zu wissen.

Das selbsternannte Recherchezentrum **Correctiv** soll von Nutzern gemeldete Inhalte prüfen und gegebenenfalls als zweifelhaft kennzeichnen. Für die Kontrollfunktion verlangt das Recherchezentrum von Facebook kein Geld.

Doch wer steckt eigentlich hinter Correctiv und der sehr fragwürdigen Finanzierungsstruktur?

Der politische Druck auf Facebook zeigt Wirkung.

Nachdem schon im Dezember letzten Jahres Bundesjustizminister Heiko Maas im Zusammenhang mit Hassbotschaften Facebook mit Bußgeldern gedroht hatte, zog der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann weniger später bei dem Thema Fake News nach.

Der SPD-Politiker forderte im „Spiegel“, dass „marktbeherrschende Plattformen“ wie Facebook gesetzlich verpflichtet werden, auf deutschem Boden eine an 365 Tagen rund um die Uhr erreichbare Rechtsschutzstelle einrichten müssen. Dort könnten sich Opfer von Hass, Häme und gefälschten

Nachrichten melden.

Wenn Facebook nach entsprechender Prüfung die betroffene Meldung nicht unverzüglich binnen 24 Stunden löscht, muss Facebook mit empfindlichen Bußgeldern bis zu 500.000 Euro rechnen“, so Oppermann.

Die politische Agenda hinter Prüfung angeblicher Fake-News bei Facebook

Auch wurde gefordert, soziale Netzwerke unter das Presserecht zu stellen. Der medienpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Marco Wanderwitz (CDU), unterstütze im „Handelsblatt“ einen Vorstoß seines Parteifreundes Ruprecht Polenz, Facebook bei der Haftung für Inhalte wie Presseverlage zu behandeln.

„Der Vorschlag, das Presserecht auf soziale Medien auszudehnen, bedarf ebenso gründlicher Prüfung wie anderweitige Regulierungsansätze und gegebenenfalls Ansätze im Strafrecht“,

äußerte Wanderwitz gegenüber der Zeitung. Der Handlungsbedarf sei in den letzten Monaten „offensichtlich“ geworden. Doch der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) lehnt eine Ausdehnung des Presserechts auf Online-Netzwerke strikt ab.

Facebook und andere Dienste seien keine Medien, sondern technologiegetriebene Plattformen.

„Sie sollten betrachtet und reguliert werden wie beispielsweise Telekom-Firmen, die auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was die Leute am Hörer erzählen“, betonte eine Sprecherin.

Auch der Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), **Frank Überall**, positionierte sich gegen den Vorstoß:

Ganz klar ist: Facebook, Twitter und andere Plattformen im Digitalen sind keine Medien. Deshalb kann für sie nicht das Presserecht gelten.

Er ergänzte: „Aber es gibt längst die sogenannte Verbreiterhaftung, nach der der Betreiber eines Forums zu be-

langen ist, wenn strafrechtlich relevante Inhalte verbreitet werden.“ Nötig seien daher keine neuen Gesetze, sondern eine konsequente Anwendung der bestehenden.

Nun kommt es im Zusammenhang mit Facebook und Fake News zu einer ähnlichen Lösung wie in den USA.

Dort hatte Facebook nach scharfer Kritik eine Zusammenarbeit mit externen Fakten-Check-Spezialisten aus der Medienbranche angekündigt. Facebook wurde in den USA während des Präsidentschaftswahlkampfes vorgeworfen, nicht entschlossen genug gegen Falschmeldungen vorgegangen zu sein.

In Deutschland soll nun eine kostenlose Kooperation mit dem „ersten gemeinnützigen Recherchezentrum im deutschsprachigen Raum“, Correctiv, die Lösung bringen. Correctiv nimmt für sich in Anspruch, „eine von vielen Antworten auf die Medienkrise“ zu sein. Doch wenn man sich die Zusammensetzung des Ethikrates von Correctiv genauer anschaut, können einen leise Zweifel beschleichen.

Es finden sich unter anderem Nikolaus Bender, früherer Chefredakteur des ZDF, Ulrich Reitz, Chefredakteur von Focus, Cordt Schnibben, Redakteur beim Spiegel, Oliver Schröm, Leiter In-

vestigative Recherche Stern, Jochen Wegner, Chefredakteur von Zeit-Online und Stefan Willeke, Chefreporter bei der Zeit. Gründungs-Vorsitzender des Ethikrates ist Bodo Hombach, stellvertretender Vorsitzender der **Brost Stiftung** und ehemaliger Kanzleramtschef von Gerhard Schröder.

Die im Jahr 2011 gegründete Brost Stiftung ist auch gleichzeitig der mit Abstand größte Geldgeber von **Correctiv**, das sich laut Selbstdarstellung durch Spenden von Bürgern und Zuwendungen von Stiftungen finanziert.

Hinzukommen Zuwendungen von :

der Deutschen Bank, der Open Society Foundation von George Soros, RTL, Google, dem ZDF, der Heinrich Böll- und der Konrad Adenauer Stiftung.

Mit anderen Worten:

der Teil der deutschen Leitmedien, die mitverantwortlich sind für den grassierenden Vertrauensverlust in die Medien, soll jetzt bei Facebook darüber entscheiden, welche Nachrichten vertrauenswürdig sind.

Wie journalistisch unsauber Correctiv selber arbeitet, zeigt ein Beitrag aus der Correctiv Serie „über die Medien der Neuen Rechten.“

RT Deutsch wird in diesem Beitrag ohne weitere Belege der „Neuen Rechten“ zugeordnet, obwohl beispielsweise

se das Verhältnis bei RT Deutsch von interviewten Politikern der Linkspartei zu denen mit AfD-Vertretern bei ungefähr 8:1 liegt.

Die an RT Deutsch gestellte Anfrage der **Correctiv-Autorin Camilla Kohrs** entsprach eben sowenig journalistischen Standards:

„Ich schreibe für Correctiv und arbeite an einer Aufstellung alternativer Medien in Deutschland“.

Kein Wort darüber, dass sie explizit an einer Reihe zu „Medien der Neuen Rechten“ arbeitete.

Noch fragwürdiger wird das Agieren von Correctiv, wenn in dem Artikel über RT Deutsch unter der Zwischenüberschrift „Fehler und Manipulationen“ auf Beiträge verlinkt wird, die allesamt weder, wie von Correctiv suggeriert, von RT Deutsch produziert, noch jemals von RT Deutsch ausgestrahlt wurden.

- Fake News?

Quelle: Reuters

Ansicht des VBS im Bezug: Sonderausgabe 7.2016, BLN 10/2016 und Editorial BLN 48/49 2016

Es ist das Recht jedes Bürgers und der Institutionen ihre Meinung frei zu äussern.
Die BLN wollen dem Wunsch des VBS entsprechen und *seine* Ansicht zu den Artikeln veröffentlichen.
Fest steht, die BLN werden sich weiterhin gegen jede Form des Armeeabbaus und weiterer einseitiger NATO-Zusammenarbeit der Schweizer Armee einsetzen. rk

E-MAIL

Basel, den 11. Januar 2016

An
Herrn Urs Wiedmer
Chef Kommunikation VBS Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS, Generalsekretariat VBS Kommunikation VBS
Bundeshaus Ost, 3003 Bern

Sehr geehrter Herr Wiedmer,

Gerne bestätige ich den Erhalt Ihres E-Mails vom 9. Januar 2017, Zeit: 20.32 Uhr. Ein anderes E-Mail zu diesem Thema haben wir nie erhalten.

*Ihre Stellungnahme werden wir in der übernächsten Nummer der «Basler Liberalen Nachrichten» veröffentlichen (zirka Mittwoch 18. Januar 2017).
Die nächste Ausgabe (BLN 2/17) ist bereits abgeschlossen.*

In aller Form verwahren wir uns gegen den Vorwurf von «falscher Berichterstattung» und «fake news».

*Wir werden diesen Text unter dem Titel «Ansicht des VBS» abdrucken, zumal Ihr Text den gesetzlichen Anforderungen an eine Gegendarstellung nicht genügt
(Frist Art. 28i Abs. 1 ZGB, knappe Form Art. 28h Abs. 1 ZGB, Verletzung des Persönlichkeitsrechts (Art. 28g Abs. 1 ZGB, da Herr Botschafter Catrina in seiner Eigenschaft als Behördenmitglied gehandelt hat).*

*Mit freundlichen Grüssen
«Basler Liberale Nachrichten»
Roland Keller, Herausgeber*

Stellungnahme

von VBS Botschafter Chef Sipol VBS/Botschafter Christian Catrina

Stellungnahme zum Artikel in Basler Liberale Nachrichten 10/2016

Vorbemerkung

Geht es an, dass ich mich rechtfertigen muss, ohne dass ich Unrecht begangen habe? Geht es an, dass ich eine angebliche Gesinnung rechtfertigen sollte? Diese Art von Angriffen nicht auf konkrete Handlungen, sondern vermutete Gesinnung, ist einer liberalen Demokratie nicht würdig. In jedem korrekten Verfahren muss die Schuld belegt oder bewiesen werden, nicht die Unschuld. Man sage mir, was ich getan haben soll. Und wenn inkriminiert wird, ich sei Sekretär der Kommission Brunner gewesen (vor 18 Jahren!), so soll man doch auch die Mitglieder inkriminieren oder aufzeigen, wie ich den Bericht beeinflusst haben soll. Das ist Hexenjagd – ich dachte bislang, dass die Inquisition vorbei sei.

Stellungnahme zu den Detailaussagen

<p>Sicherheit Schweiz: Wenn die Schweiz nicht freiwillig in die NATO will, bringe ich die NATO in die Schweiz!</p>	<p>Dieser Titel legt nahe, dass dies ein Zitat von mir sei, was nicht der Fall ist. Hier wird der Leser in die Irre geführt.</p>
<p><i>Der Langzeitplan von Botschafter Christian Catrina.</i> <i>Genial, unter dem Fundament Neutralität durch, offiziell und von oben abgesegnet, Botschafter Catrina versucht Fakten zu schaffen: Er will offensichtlich die Schweiz, ohne Volksabstimmung in die NATO integrieren!</i></p>	<p>Es gibt keinen Plan von mir, weder kurz- noch langfristig, die Schweiz in die Nato zu integrieren. Es gibt auch keine solchen Absichten.</p>
<p>Von Roland Keller</p>	
<p>Die NATO, Abkürzung für „North Atlantic Treaty Organization“. Hinter dem nichtssagenden Titel steht eine umfassend kriegführende Organisation, welche ursächlich für die Destabilisierung der Region von Tunesien bis Pakistan verantwortlich ist. Die Folgen sind die Flüchtlingswellen, die derzeit über Europa schwappen.</p>	
<p>Dass unser Land an NATO-Übungen teilnimmt, ist für ein neutrales Land prinzipiell nicht tragbar. Andererseits muss man feststellen, die Schweiz ist auf Grund ihrer Grösse und Geographie schlecht zu verteidigen - von ihrem Miniluftraum ganz zu schweigen.</p>	<p>Die Teilnahme an gewissen Übungen der Nato ist mit dem Neutralitätsrecht vereinbar; hingegen bleibt die neutralitätspolitische Abwägung vorbehalten. Deshalb muss jede von Verteidigung gewünschte Teilnahme politisch geprüft werden. Der Impuls für eine Teilnahme kommt <u>ausnahmslos</u> vom Bereich Verteidigung; ich habe noch nie die Teilnahme an irgendeiner Übung angeregt.</p>
<p>Es gibt aber ein Maximum an Wehrhaftigkeit, um einem Gegner das Leben so schwer wie</p>	

<p>möglich zu machen. Dies hatte nach reiflicher Überlegung und langen Analysen Hitler davon abgehalten, die Schweiz anzugreifen.</p>	
<p>Was in der Schweiz zur Zeit geschieht, ist das krasse Gegenteil von optimaler Verteidigung: Die Schweiz wird gezielt geschwächt und militärisch gelähmt. Und dies von innen her - aus der Landesverwaltung!</p>	<p>Die Frage, welche Entwicklung der Armee für die Sicherheit der Schweiz die beste ist, ist diskutabel. Der Vorwurf einer gezielten Schwächung und Lähmung ist falsch und ehrenrührig.</p>
<p>Botschafter Catrina ist genial Dr. phil. I, Botschafter, Christian Catrina ist tätig im Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, ausserdem war er Fouriergehilfe, dann Fachoffizier im Stabsteil des Nachrichtendienstes(!), Chef Sicherheitspolitik und stellvertretender Generalsekretär. Bundesrat Ueli Maurer setzte ihn im Mai 2009 ins Amt ein. 2011 stieg er bereits zum Vize-Generalsekretär auf. Interessant ist, dass ihn alle Verteidigungsminister in seinem Amt belissen.</p>	
<p>Man musste wissen, dass Catrina ein Turbo mit besten Kontakten ins NATO-Hauptquartier in Brüssel ist. Warum stellt man einen Mann ein, der allem widerspricht, was die Schweiz braucht, einer, für den das Wort „Neutralität“ ein Begriff ohne Bedeutung ist? Schon zur Zeit der Einsetzung Catrinas zeichneten sich die heute aktuellen Probleme am politischen Horizont ab!</p>	<p>Worauf gründen die Aussagen, ich sei ein „Turbo“ oder ich widerspreche allem „was die Schweiz braucht“ oder das Wort „Neutralität“ habe für mich keine Bedeutung?.</p>
<p>Mit dem sogenannten „Brunner-Bericht“ aus dem Jahr 1998 wurden die sicherheitspolitischen Grundlagen der Schweiz unterminiert und Richtung NATO getrieben. Schon damals war Christian Catrina Sekretär der Kommission, gefördert vom damaligen EMD-Chef Adolf Ogi (SVP).</p>	<p>Die Brunner-Kommission bestand aus 42 Mitgliedern, darunter Vertreter aller Bundesratsparteien, der Wirtschaft, der Medien etc. Der Entwurf für den Bericht wurde nicht von mir geschrieben.</p>
<p><i>[... Die souveräne und autonome Verteidigung wurde mit dem Brunner-Bericht aufgegeben. Darin heisst es: «Wenn wir unsere Sicherheit besser gewährleisten wollen, ist Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn sowie den atlantischen und europäischen Organisationen notwendig. Gegen manche Gefahren können wir uns nicht im Alleingang schützen. Die Kommission begrüsst, dass der Bundesrat den Beitritt zur EU zum strategischen Ziel erklärt und durch die Partnerschaft für den Frieden einen Weg zur Kooperation mit der Nato gefunden hat. Je aktiver unsere Rolle ist, umso besser können wir unsere Meinung ein-</i></p>	

<p><i>bringen, unsere Interessen wahren und unsere Sicherheit gewährleisten.» ...] 1*</i></p>	
<p>Der geniale Internationalist Catrina war offensichtlich für alle VBS-Chefs unentbehrlich!</p>	
<p>[... Als eines seiner ersten Geschäfte schob Botschafter Catrina das «Übungsprogramm 2016 für die militärische Ausbildungszusammenarbeit » unter dem Radar von Bundesrat und Öffentlichkeit durch. Das Traktandum passierte den Bundesrat am 17. Februar denn auch gänzlich unbeachtet, diskussions- und damit problemlos. In einer belanglos erscheinenden Medienmitteilung, die an jenem Mittwoch in einer grossen Menge anderer Bundesratsmitteilungen unterging, wurde der neuste flagrante Neutralitätsbruch zwar offiziell mitgeteilt ...] 2*</p>	<p>Richtig ist, dass das Geschäft Übungsprogramm 2016 wie jedes Jahr vom Bereich Verteidigung (ohne mein Zutun) erarbeitet wurde und dass von mir nur ein Visum gefragt war, damit es Richtung Chef VBS gehen würde. Ich habe aber aus eigenem Antrieb das Geschäft mit Bundesrat Parmelin aufgebracht und ihm dargelegt, dass verschiedene Übungsvorhaben kontrovers sein könnten. Er beschloss dann, vom Bereich Verteidigung Begründungen für die Vorhaben einzufordern. Als diese vorlagen, entschied er, das Übungsprogramm 2016 gutzuheissen und dem Bundesrat vorzulegen, für kommende Jahre aber früher begrüsst zu werden, so dass Ablehnungen noch gut möglich wären. – Weit davon entfernt, das Geschäft unbemerkt „durchzuschieben“, war es vielmehr ich, der die Aufmerksamkeit des neuen Chefs VBS auf das Dokument lenkte und ihm die Sensitivität signalisierte.</p>
<p>Der Medienbericht «Weitere bilaterale und multilaterale Übungen» wurde gekonnt von Botschafter Catrina am Parlament vorbeigeschmuggelt. Da sie ja unter dem Titel: „Partnerschaft für den Frieden“ dringend nötig seien. Dabei wurde die „Notwendigkeit“ in Wissens- und Erfahrungsaustausch, bemüht.</p>	<p>Unklar, was der Autor mit diesem „Medienbericht“ meint. Wenn das Übungsprogramm 2016 gemeint ist (siehe vorherigen Absatz), verweise ich auf meine Stellungnahme dazu. Diese Übungen gingen übrigens nicht unter den Titel „Partnerschaft für den Frieden“; es sind gerade die Übungen, die ausserhalb bestehender bilateraler oder multilateraler Vereinbarungen stattfinden.</p>
<p>Die Frage ist aber, warum muss die Schweiz mit einer Krieg führenden Organisation und deren Staaten sich der NATO unterstellen?</p>	<p>Keine Stellungnahme möglich, weil die Prämisse nicht zutrifft. Ich bin nicht der Ansicht, und habe auch nie die Meinung geäussert, die Schweiz solle sich der Nato unterstellen.</p>
<p>[... Unter mehreren nichtssagenden Übungsnamen gegen Ende der erwähnten Mitteilung, einem «Umschulungskurs für PC-21-Piloten», «Winter-und Gebirgskursen» sowie einer Übung zur «Unterstützung ziviler Behörden» tauchte auch der Übungsname «Jawtex» auf. Dieser konnte vom Leser aber mit keinem Nato-Land in Verbindung gebracht werden! Auf Nachfrage schreibt das VBS, wann die fragliche Nato-Übung Jawtex (über Ostdeutschland) stattfinden soll (vom 8. bis am 24. Juni 2016) und weshalb man dorthin drei</p>	<p>Der Bereich Verteidigung wollte an Jawtex 2016 teilnehmen. Die Übung wurde inzwischen abgesagt.</p>

<p>Helikopter «Super Puma» mit 22 Mann Besatzung schicken will:</p> <p>«Im Bereich Lufttransport dient die Übung für die Piloten als Training für den Lizenzertalt der höchsten Ausbildungsstufe «Issys», dem integrierten Selbstschutzsystem ...] 1*</p>	
<p>Wo bleibt Verteidigungsminister Parmelin, Chef des VBS? Ist er sich bewusst, dass die Schweiz in eine Übung einbezogen wird, welche eine klare Vorstufe zu einem europaweiten Krieg darstellt? Dies wäre eine eklatante Verletzung der Neutralitätspflicht der Schweiz, welche unser Land in grösste politische Schwierigkeiten bringen würde und das Land als Kriegsteilnehmer gegen den Nahen Osten, sowie Russland treiben würde.</p>	
<p>Christian Catrina lenkte die Schweiz unter den Augen des Parlaments seit Jahren in die Arme der NATO.</p>	<p>Das ist nur eine pauschale Verdächtigung ohne Angabe konkreter Handlungen.</p>
<p>[... <i>Statt die Schweiz gegen Bedrohung wirksam zu rüsten, betreibt er das Geschäft der Abrüstung.</i></p> <p><i>«Catrinas Stärke ist die Schwäche der anderen, auch des politischen Chefs», sagt ein intimer Kenner des VBS. Maurer habe auf Catrinas Know-how, seine Erfahrung, sein Netzwerk nicht verzichten wollen.</i></p> <p><i>Er habe es verpasst, zu Beginn seiner Amtszeit reinen Tisch zu machen und sich mit Leuten zu umgeben, die vorbehaltlos zur bewaffneten Neutralität stehen.</i></p> <p><i>Dieses Führungsvakuum nutze keiner so geschickt aus wie Botschafter Dr. Catrina. ...]</i></p> <p>2*</p>	<p>Richtig ist, dass ich (wie viele andere, vor allem in der Armeeführung) mich intern dafür ausgesprochen habe, nicht mehr benötigte Systeme rasch ausser Dienst zu stellen, um die Betriebskosten rasch zu senken und die Mittel für den Betrieb weiterhin benötigter Systeme oder die Beschaffung neuer Systeme freizumachen.</p>
<p>Catrina ist wirklich genial:</p> <p>Er schafft es seit bald 18 Jahren in verschiedenen Funktionen, nahezu unbemerkt aus der neutralen Schweiz einen indirekten Kriegsteilnehmer unter dem Schirm der NATO zu machen. Niemand regt sich auf - kein Widerstand.</p> <p>Nicht einmal von CdA André Blattmann.</p> <p>Nun steht die berechtigte Frage im Raum:</p> <p>Wer ist an höchster Stelle an der Auflösung der Schweiz interessiert? Wer förderte Christian Catrina und liess ihn gewähren? Wer war der Spin-Doctor, der ihn durch die Jahre beriet und ihm den Rücken frei hielt?</p>	<p>Der Vorwurf, ich mache aus der neutralen Schweiz einen indirekten Kriegsteilnehmer ist falsch. Richtig ist, dass ich dafür bin, mit der Nato Kontakte zu haben (weil sie objektiv ein wesentliches Element unserer sicherheitspolitischen Umgebung ist) und auch für die Aufnahme der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden war (wie viele andere, inkl. der Chef VBS und die Mehrheit des Bundesrates sowie – in Konsultativabstimmungen – der SIK und APK).</p>

Audio-Beweis

John Kerry bestätigt privat, IS zu unterstützen und zu bewaffnen

Hinweis der Redaktion:

Wir können die Echtheit des Videos nicht beweisen. Aber aufgrund unserer Recherchen, die wir in BLN_36/14. September 2014 veröffentlichten und weiterer Quellen, kann man davon ausgehen, dass der IS eine von der USA gegründete und unterstützte Organisation ist.

Die New York Times veröffentlichte am 30. September 2016 Auszüge aus der Audio-Aufnahme eines Gesprächs zwischen Außenminister John Kerry und Mitgliedern der syrischen „Opposition“ [1]. Das Gespräch fand am 22. September 2016 am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen statt. Darin hört man ihn sagen, er bedauere, dass der US-Kongress sich weigere, Männer zu schicken, um die syrische arabische Republik zu stürzen und man hört ihn, wie er den Gegnern den Rat gibt, eine andere militärische Macht zu finden, die die Arbeit an ihrer Stelle macht und sie an die Macht bringt.

Die von der New York Times gewählten Auszüge ließen verstehen, dass das State Department nicht mehr die nationale Koalition der Opposition unterstützen konnte und sie bat, sich an andere Sponsoren zu wenden.

Die vollständige 36 Minuten lange Aufzeichnung erschien am 1. Januar 2017

bei The Last Refuge [2].

Sie ändert den Sinn des Gesprächs vollständig und bezeugt daher, dass die Wahl der Passagen, die von der New York Times ursprünglich veröffentlicht wurden, in Wirklichkeit nicht die Obama-Administration beschuldigen, sondern schützen sollte.

In der vollständigen Aufzeichnung hört man den Außenminister

- bestätigen, dass das strategische Ziel des seit 2011 von der Obama Verwaltung gegen die syrische arabische Republik geführten Krieges ist, das Regime zu stürzen. - bestätigen, dass die Obama-Regierung hoffte, dass Daesch in der Lage wäre, an ihrer Stelle die syrische arabische Republik zu stürzen. - bestätigen, dass die Obama-Administration Daesh Waffen geliefert hat, damit es die Arabische Republik Syrien umstürzt.

Diese Aufnahme macht also Schluss mit dem Mythos der sogenannten syrischen Revolution und auch mit jenem

des Kampfes des Westens gegen Daesch.

Sie erlaubt die Spannungen innerhalb der Obama-Administration und den Rücktritt von General Michael Flynn besser zu verstehen.

Auf internationalem Recht stellt die Unterstützung von IS ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Quellen:

[1] “Audio Reveals What John Kerry Told Syrians Behind Closed Doors”, Anne Barnard, The New York Times, September 30, 2016.

[2] “Absolutely Stunning – Leaked Audio of Secretary Kerry Reveals President Obama Intentionally Allowed Rise of ISIS...”, The Last Refuge (The Conservative Tree House), January 1, 2017

(Quelle: voltaire.net).



Videolink <https://www.youtube.com/watch?v=41HhRABl3kM>

On 30 September 2016, The New York Times published extracts of an audio recording of a conversation between the Secretary of State, John Kerry and members of the Syrian “opposition”. The conversation took place on 22 September 2016, at the sidelines of the UN General Assembly. We hear him berating the US Congress for refusing to send men to bring down the Syrian Arab Republic and advising the opposition to find another military power to take over from the US and to bring it to power.

The extracts chosen by the New York Times lead us to understand that the State Department could no longer support the National Coalition of Opposition and asked it to look to other

sponsors.

The complete recording (36 minutes) was published on 1 January by The Last Refuge. It completely alters the sense of the conversation and accordingly is evidence that the extracts which the New York Times initially sought to publish do not actually seek to inculcate the Obama Administration but to protect it.

In the complete recording, we hear the Secretary of State

- confirm that the strategic aim of the war that the Obama Administration led since 2011 against the Arab Syrian Republic is to topple the regime.

- confirm that the Obama administration was hoping that [a subrogation would take place] and Daesh would be

able to step into its place it take down the Syrian Arab Republic.

- confirm that the Obama administration provided Daesh with arms to topple the Syrian Arab Republic.

This recording dispels the myth of a so-called Syrian revolution and equally the myth that the West is fighting Daesh. It gives us a more meaningful understanding of the tensions within the Obama administration and why General Michael Flynn resigned. Under international law, supporting Daesh is a crime against Humanity.

In YOUTUBE Veröffentlicht am 13.01.2017

Kommentar

Europa im Wahn

Von Peter Seraphin, Moskau

Die Einmischung in oder auch die Kommentierung von Politik fällt manchmal schwer, zu offensichtlich scheint die Lage. Behält man nur ein Quentchen Nüchternheit in diesen Zeiten wütiger und zumeist verlogener Aktionisten, so beschleicht einen schon nach kurzer Zeit das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einem unbestimmten Wust an Dummheit. Insofern ist aber Dummheit nur ein allgemein unkritischer Zustand, der suchende schöpferische Geist der großen europäischen Geschichte hört im nächsten veganen gendergerechten food point auf. Falls Sie das Ende des letzten Satzes nicht verstanden haben, so gehören Sie wahrscheinlich zu einer Gruppe Menschen, die demnächst von einer rot-grünen Kamarilla ins Umerziehungslager delegiert werden.

Betrachten wir den Fall Kevin O'Sullivan in Großbritannien oder das Gender-Watch-Protokoll der Uni Salzburg so hat tatsächlich der Wahnsinn Einzug in Europa gehalten. Folgerichtig fordert der deutsche Bundestagspräsident Lammert dann auch für sogenannte ‚hate speeches‘ eine Mindeststrafe, damit Richter und Staatsanwälte nicht den gesunden Menschenverstand obwalten lassen können.

Deutschland war in der Verfolgung Andersdenkender schon immer vorne an.

Die selbstkritische Frage ist, ob es so ist oder wir den Zustand zu dramatisch sehen, stellt sich fast nicht mehr. In der Penetranz politischer Rechthaberei und außerordentlich rasant wachsender Dummheit und Kulturverlust; angesichts von Jugendlichen denen das Handy wichtiger ist als ein Abend in der Familie – welche Familie fragen Sie zu Recht -; angesichts eines enormen Verlustes an Glaubwürdigkeit aller Institutionen von Politik bis Kirche; den sich feiernden Linkstrend angesichts des Todes des verdienstvollen kritischen Journalisten Udo Ulfkotte; man muss nicht Fussball spielen um im Sportverein den letzten Hort von Teamgeist, Leistung und fröhlicher Gemeinschaft zu sehen.

Dort gelten noch Werte, die Wüste ist drumherum.

Darum ist es, und das hat die überwiegende Mehrheit nicht begriffen, nur zu folgerichtig von Merkel und anderen kulturellen Totengräbern, die Wüste mittels eines Heeres von sogenannten Asylanten in unsere noch blühenden

Landschaften zu holen.

Folgt man dem französischen Ausnahmerecht durch das schon der Besuch von islamistischen Webseiten strafbar ist, dem deutschen Strafrecht, dass in bewährter Holocaustjustiz allein schon den Beweisantrag unter Strafe stellt und nun auch noch die Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen straffrei stellt, so können wir in den westlichen Kulturländern eigentlich nur noch einen irren Zustand konstatieren.

Zudem nimmt in Deutschland mittlerweile eine Progromstimmung gegen pauschal als Rechte bezeichnete zu, die fatal an die Verfolgung Andersdenkender im Nationalsozialismus und dem ‚real existierenden Sozialismus‘ erinnert. Noch sind es Versuche, mit teils dramatischen persönlichen Folgen für die Denunzierten, die man stoppen kann und muss, bevor sich die von der Regierung geförderte linke Blockwartmentalität weiter ausbreitet.

Fachleute, die vom bereits existierenden Bürgerkrieg sprechen scheinen noch voreilig, mittlerweile ist aber alles vorstellbar. Die zensierte Nachrichtenflut und Penetranz der politisch korrekten Meinung lässt ein ungutes Ge-

fühl. Einzigartig und von noch nie gewesenen Hass geprägt ist das Bashing des neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Bislang wurde jeder amerikanische Präsident ohne Widerspruch als Führer der westlichen Welt gesehen. Obama hat schon zu Amtsantritt den Friedensnobelpreis bekommen, ein widerlicher Akt skandinavischer Unterwerfung, die heute in der schwedischen und norwegischen Mobilisierung gegen eine angebliche russische Aggression kumuliert. Nach Obama sollte kein wirklich Aufrechter diesen Preis mehr annehmen.

Das Trump-bashing als öffentliche gefeierte Diskriminierung und Herabsetzung ist weit entfernt von nur Meinungsäußerungen und grenzt an Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes, gegen Russland und Putin sind wir es ja bereits gewohnt. Amerika bekommt nun zwar das zurück, was es lange Zeit mit anderen Ländern getrieben hat, blutig zudem, doch hier spitzt sich die Situation zu.

Für den selbstgerechten Teil dieser internationalen sozialistischen Verschwörung wäre die Ermordung des amerikanischen Präsidenten eine Erleichterung. Geht Ihnen diese Einschätzung zu weit? Es gibt genug Äußerungen dahingehend, das sind aber keine ‚hate speeches‘, sondern politisch korrekte Äußerungen in den Augen der Selbstgerechten.

Sowohl die Verschwörung als auch die Jubelfeiern im Falle des Falles halte ich für sehr real. Bei der Verschwörung verschwimmen allerdings die Grenzen zwischen Geld und Ideologie, die Sozis waren schon immer empfänglich für Geld und Orden.

Die eigentlich für jeden sichtbaren Missstände betreffen nicht mehr Deutschland allein, sind dort nur offensichtlicher. Auch die Schweiz ist davon betroffen, wie wir in der letzten Zeit gesehen haben. Der flächendeckenden Verlust im politischen und gesellschaftlichen Diskurs Europas zeigt eine gefährliche Kluft zwischen denen da Oben und den Massen der da Unten. Dies scheint allerdings den Regierenden egal, denn sie agieren, als seien sie auf Lebenszeit gewählt worden.

Europa ist von einer guten Idee zu einem Augiasstall verkommen

- Regierungen im juristischen Ausnahmezustand, sprich offenen Rechtsbruch zu Verfassung und Verfassungsauftrag

- Parteien und Politiker im Sumpf von Postengeschacher und Korruption

- Einrichtung und massive Förderung von Überwachungsbehörden und Institutionen

- Stigmatisierung und Verfolgung nicht regierungskonform denkender

Bevölkerung

- Erneuter Entwaffnungsversuch der autochtonen Bevölkerung durch die Brüsseler Eurokratie

- Ungezügelter Zuwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts mit offensiver Unterstützung der Brüsseler Verwaltung

- Überwiegende Straffreiheit für kriminelle Zuwanderer während die Bevölkerung unter Pauschalverdacht gestellt wird

- Systematische Verarmung der einheimischen Bevölkerung

Zusammengenommen kennzeichnet dies die Charakteristika eines faschistischen Staates bzw. des Staatengebildes. Allerdings fand der letzte Punkt in den faschistischen Regimen der Vergangenheit nicht statt, ganz im Gegenteil wurde von unabhängigen Beobachtern sogar eine Wohlfühl-Gesellschaft mitgeteilt.

Angesichts des Bedeutungsverlustes der Politik stellt sich die Frage, welches Interesse die Industrie, sprich das Kapital, an der Entwicklung hat? Letztlich steuert das Kapital die Politik, so haben wir das gelernt. Oder hat sich das ‚System‘ mittlerweile verselbständigt?

Die moderne Industrie braucht einen Mindest-IQ von 86 Punkten. Dieser dürfte bei den angeblich hochqualifizierten Willkommens-Neubürgern

schwerlich zu finden sein.

Die Vernachlässigung der Schulen, die Belastung der Kassen führt zwangsläufig zur Störung des sozialen Friedens. Angeblich rauft man sich in mancher Konzernetage die Haare, nicht nur über die Russland-Sanktionen.

Wenn man sich allerdings an das toll-dreiste inquisitorische Interview-Verhör des ZDF-Geiferers Kleber mit dem Siemens Vorstandsvorsitzenden Joe Kaeser erinnert, so war dort bereits wieder der Tonfall des faschistischen Leipziger Volksgerichtshofes zu hören. Vom nationalsozialistischen Roland Freisler über die DDR-sozialistische Hilde Benjamin – den „Exponenten totalitärer Justiz“ – bis hin zu den öffentlichen Verurteilungen durch eine selbstgefällig ideologisierte oder einfach nur gekaufte Journalistenclique, das alles haben wir schon einmal gehabt.

Deutschland scheint dabei voran zu gehen, ist aber in Europa mittlerweile nur Trendsetter weil auch Zahlmeister. Ich erinnere hier nochmals an das elende Notstands-Regime des französischen Sozialisten Hollande; aber auch Spanien mit der Kriminalisierung von Demonstrationen und vielem anderen mehr; jetzt das Wahrheitsministerium in Berlin – alles aufrechte Demokraten?

Dagegen ist das Brüsseler Gerade-Gurken-Management geradezu eine Lappalie, wären da nicht die Kommis-

sare mit sozialistischer bis kommunistischer Vergangenheit, die schon längst ihre Wahrheitsbehörden installiert haben.

Sie ahnen nicht, was ein gutes Archiv an längst vergessenem oder überhaupt nicht berichtetem so alles hergibt. Wussten Sie zum Beispiel, dass die großen US-Banken und einige Hedgefonds die Kampagne zur Legalisierung der Homo-Ehe finanziert haben?

Der Alt-Kommunist Barroso ist folgerichtig bei Goldman Sachs gelandet, andere waren schon vor ihm da, viele werden folgen. Auch die deutschen Grünen sehnen sich wie ihr nunmehriger Waffen-Lobbyist Josef Fischer nach dem goldenen Schirm der Banken.

Ein gerechter Gott möge sie bei der nächsten Wahl vernichten!

Leider wird dies nicht so sein, es gibt zu viele Lehrer in Deutschland deren einziges Sehnsuchtsziel der Sieg der Veganischen Plejadisten ist, deren Inkarnation sich irgendwie im grünen Päderastensumpf wiederfindet.

Übrigens – ich bin zwar nicht gläubig, aber ein gerechter Gott ist eine schöne Vorstellung.

Hoffen wir alle, dass die nächsten Wahlen eine deutliche Wende bringen werden.

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat

aktuell den dilettantischen erneuten Verbotsantrag gegen die NPD abgelehnt.

Wir dürfen gespannt auf die Begründung sein, denn ehrliche Juristen gibt es immer weniger.

Oder wollte man nur neue Wähler für die AfD verhindern?



Roland Keller, Herausgeber.
presse@basler-liberale-nachrichten.ch



Gotthard Frick, Freier Mitarbeiter
Sicherheit und Militär



Dr. A. Roger Hoeren, Bangkok/Thl
Mitherausgeber
roger@basler-liberale-nachrichten.ch



Dr. Thierry Meissan, Damaskus/Syrien
Freier Mitarbeiter
bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch



Prof. Dr. Hans Geiger,
Banken und Wirtschaft
hansgeiger@bluewin.ch



Martin Weber,
Lektorat.
martin@basler-liberale-nachrichten.ch



Osman H. Gilani, Peshawar
Freier Mitarbeiter
Pakistan, Indien, Iran.
bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch

Nützliche Links

Presse:

<http://www.zeit-fragen.ch>
<http://www.dw.com/de/themen/s-9077>
<http://www.sueddeutsche.de>
<http://www.klartext.ch/>
<http://www.epochtimes.de>
<http://www.rolandtichy.de>
<http://www.frank-schaeffler.de>
<http://unser-mittleuropa.com>
<http://www.neue-impulse-verlag.de/marxistischeblaetter.html>
<http://www.neues-deutschland.de>
<http://www.osservatoreromano.va/de>
<http://www.zeit-fragen.ch>
<http://www.tachles.ch>
<http://www.jpost.com> Jerusalempost
<http://www.juedische-allgemeine.de>
<http://www.zeit.de/index>
<http://www.eva-herman.net>

Handel:

<http://www.handelsblatt.com>
<http://www.mmnews.de>

Parlamente:

<https://www.admin.ch/gov/de/start.html>
<http://www.bundestag.de>
<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Technik:

<http://www.pcmag.com/article2/0,2817,2416920,00.asp>
<https://www.apple.com/chde/retail/freiestrasse/>

Militär:

<https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/departement-fuer-verteidigung-bevoelkerungsschutz-sport-vbs.html>
<http://www.asmz.ch>
<http://www.schweizer-soldat.ch>
http://www.vtg.admin.ch/internet/vtg/de/home/dokumentation/publik_zeitschr/military_power_revue.html
<http://www.deagel.com>
<http://offiziere.ch>

Internet:

<http://www.wieistmeineip.ch>
<https://www.youtube.com/?hl=de&gl=DE>

Diverses:

<https://www.pinterest.com>
<http://de.gatestoneinstitute.org>

Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ sind parteilos und keiner politischen Partei verpflichtet.

Es ist das Ziel der „Basler Liberale Nachrichten“, Meinungen aus jeder Denkrichtung zu Wort kommen zu lassen.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ ist ein Vertreter einer liberalen und pluralen Meinungsvielfalt.

Die Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors wieder, aber nicht notwendigerweise die der Redaktion der „Basler Liberalen Nachrichten“.

Rechtshinweise:

„Basler Liberale Nachrichten“ (BLN) ist ein freies Presseorgan in Form einer persönlichen an den Adressaten gerichteten Email und gibt Nachrichten weiter im Sinne gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention:

Artikel 10, Freiheit der Meinungsäusserung. Abschnitt 1 – Rechte und Freiheiten (Art.2 – 18 Auszug) Publiziert: 04.11 1950.

(1)

Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäusserung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk, Fernseh oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

(2)

Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.

2)

Die „Basler Liberale Nachrichten“ übernimmt keinerlei Verantwortung für den Inhalt der „Basler Liberale Nachrichten“. Die Weiterleitung des Webmagazins an Personen die nicht im Abonnementverbund sind, ist nicht gestattet. Die Verwendung von Inhalten oder Teilen ist ausschliesslich an den Abonnenten der „Basler Liberale Nachrichten“ gerichtet und darf nicht weitergeleitet werden.

3)

Die „Basler Liberalen Nachrichten“ übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Seiten. Externe Links sind als solche gekennzeichnet und verweisen auf Urheberrechte Dritter. Jegliche Haftung ist ausgeschlossen.

4)

Urheberrechte

Die Webseiten, Layout und Logo der „Basler Liberalen Nachrichten“ sind urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, die Verwendung von Abbildungen,

die elektronische Verbreitung, und die Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und die Speicherung in Datenverarbeitungsmedien, bleiben vorbehalten.

Erweiterte Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Datenschutz

Wenn Sie mittels EMail oder Onlineformular Kontakt mit „BaslerLiberaleNachrichten“ aufnehmen möchten, sollten Sie wissen, daß Ihre persönlichen Daten (Name, Mailadresse), zur Kommunikation mit Ihnen elektronisch gespeichert werden.

Diese Daten werden grundsätzlich vertraulich behandelt, keinesfalls an Dritte verkauft oder vermietet.

Eine Übermittlung an Dritte erfolgt nur mit Ihrer Einwilligung, insbesondere soweit die Übermittlung zur Erbringung von Ihnen in Anspruch genommener Dienste erforderlich ist.

Mit der Nutzung dieser Website und der Abgabe Ihrer persönlichen Daten per EMail oder Onlineformular geben Sie Ihre Einwilligung zu der hier beschriebenen Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer persönlichen Daten. Sie können diese Einwilligung jederzeit widerrufen und auch die Löschung Ihrer Daten verlangen.

Haftungsausschluß:

1. Inhalt des Onlineangebotes

Der Autor übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen den Autor, die sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, welche durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden sind grundsätzlich ausgeschlossen. Alle Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Der Autor behält es sich ausdrücklich vor, Teile der Seiten oder das gesamte Angebot ohne gesonderte Ankündigung zu verändern, zu ergänzen, zu löschen oder die Veröffentlichung zeitweise oder endgültig einzustellen.

2. Verweise und Links

Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Autoren liegen, distanziert sich der Autor hiermit ausdrücklich von sämtlichen Inhalten, die auf diesen Seiten veröffentlicht werden. Diese Feststellung gilt gleichermaßen auch für Fremdeinträge in vom Autor eingerichteten Gästebüchern, Diskussionsforen und Mailinglisten.

3. Urheberrecht

Der Autor ist bestrebt, in allen Publikationen die Urheberrechte der verwendeten Grafiken, Tondokumente und Texte zu beachten, von ihm selbst erstellte Grafiken, Tondokumente und Texte zu nutzen oder auf lizenzfreie Grafiken, Tondokumente und Texte zurückzugreifen. Sollte sich auf den Seiten dieser Website dennoch eine ungekennzeichnete, aber durch fremdes Urheberrecht geschützte Grafik, Tondokument oder Text befinden, so konnte das Urheberrecht vom Autor nicht festgestellt werden. Im Falle einer solchen unbeabsichtigten Urheberrechtsverletzung wird der Autor das entsprechende Objekt nach Benachrichtigung aus seiner Publikation entfernen oder mit dem entsprechenden Urheberrecht kenntlich machen.

Das Urheberrecht für veröffentlichte, vom Autor selbst erstellte Objekte bleibt allein beim Autor der Seiten. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Grafiken, Tondokumente oder Texte in

anderen elektronischen oder gedruckten Publikationen ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

4. Rechtswirksamkeit dieses Haftungsausschlusses

Dieser Haftungsausschluss ist als Teil des Internetangebotes zu betrachten, von dem aus auf diese Seite verwiesen wurde. Sofern Teile oder einzelne Formulierungen dieses Textes der geltenden Rechtslage nicht, nicht mehr oder nicht vollständig entsprechen sollten, bleiben die übrigen Teile des Dokumentes in ihrem Inhalt und ihrer Gültigkeit davon unberührt.

Auf alle Rechtsbeziehungen aus dem Vertrag zwischen der Betreiberin des Magazins und Website und dem Nutzer sowie diesen AGB ist Schweizerisches Recht unter Ausschluss der Bestimmungen des UNKaufrechts anwendbar.

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Basel als der Sitz der Betreiberin des Magazins und Website. Die Verhandlungssprache ist ausschliesslich Deutsch.

Die Betreiberin des Magazins und Website, kann allerdings Klagen gegen den Nutzer auch an dessen Sitz oder Wohnsitz anhängig machen.

Basel, den 3. Januar 201216

Erweiterte Nutzungsbedingungen Basler Liberale Nachrichten

Alle unsere Artikel, an denen wir die notwendigen Rechte verfügen, das heisst, alle ausser Agenturmeldungen und sowie Gastbeiträgen, dürfen Sie kostenlos kopieren und auf Ihrer Website oder in einem anderen Medium publizieren.

Bitte beachten Sie folgende Punkte:

Die Artikel unterliegen der Creative Commons BYNCND 3.0 CH Lizenz und sind entsprechend gekennzeichnet. Ohne Kennzeichnung, darf der Artikel nicht weiterverwertet werden.

Artikel dürfen nicht bearbeitet werden und müssen – sofern der Artikel online publiziert wird – inklusive aller darin enthaltenen Links publiziert werden.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ muss als Quelle genannt und – wenn der Artikel online publiziert wird – auf den Originalartikel verlinkt werden.

Autorenzeile muss lauten:

Name des Autors: xxx,

Quelle: „Basler Liberale Nachrichten“.

Bilder und Grafiken dürfen verwendet werden.

Nicht zugelassen:

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht systematisch oder automatisiert kopiert werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht für politische, religiöse, rassistische Kampagnen oder in Werbekampagnen eingesetzt werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel kommerzielle Nutzung nur in Absprache mit:
blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel darf nicht im Zusammenhang mit entsprechender themenbezogener Werbung eingesetzt werden.

Bitte kontaktieren Sie:

blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

BLN 11. August 2016

Das Copyright dieser und der Folgeseiten liegt, wenn nicht anders vermerkt, bei den
„**Basler Liberalen Nachrichten**“,
Roland Keller, CH4001Basel / SCHWEIZ

Die Beiträge stellen ausschließlich die Meinungen der Verfasser bzw. Verfasserinnen dar.

Die Meinung muss nicht zwangsläufig diejenige der Redaktion wiedergeben.

License: CC BY 3.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>

Sie dürfen:

Teilen – das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten

Bearbeiten – das Material remixen, verändern und darauf aufbauen und zwar für beliebige Zwecke, sogar kommerziell.

Der Lizenzgeber kann diese Freiheiten nicht widerrufen solange Sie sich an die Lizenzbedingungen halten.

Unter folgenden Bedingungen:

Namensnennung – Sie müssen angemessene Urheber und Rechteangaben machen, einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.

Hinweise:

Sie müssen sich nicht an diese Lizenz halten hinsichtlich solcher Teile des Materials, die gemeinfrei sind, oder soweit Ihre Nutzungshandlungen durch Ausnahmen und Schranken des Urheberrechts gedeckt sind.

Es werden keine Garantien gegeben und auch keine Gewähr geleistet.

Die Lizenz verschafft Ihnen möglicherweise nicht alle Erlaubnisse, die Sie für die jeweilige Nutzung brauchen. Es können beispielsweise andere Rechte wie Persönlichkeits- und Datenschutzrechte zu beachten sein, die Ihre Nutzung des Materials entsprechend beschränken.

Haftungshinweis

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen.